

# Wer in Not ist, muss zuerst suchen

Suchtbetroffene können auf ein breites Hilfsangebot zurückgreifen. Allerdings gibt es im Kanton Luzern viele Hürden.

Alexander von Däniken

Drogen kennen weder Alters- noch Gemeindegrenzen, die Suchthilfe im Kanton Luzern hingegen schon. «Klick – Fachstelle Sucht Region Luzern» zum Beispiel ist nur für Menschen ab 18 Jahren da. Sie muss auch Leute abweisen, wenn sie nicht in einer der 22 Verbandsgemeinden aus der Region Luzern wohnhaft oder arbeitstätig sind. Und selbst wer diese Kriterien erfüllt, aber hauptsächlich illegale Substanzen konsumiert, muss von der Fachstelle an die Luzerner Psychiatrie oder an Jugendberatungsstellen vermittelt werden.

Klick ist kein Einzelfall. Zwar fehlt es im grössten Zentralschweizer Kanton nicht an Suchthilfeangeboten, aber die Strukturen sind kompliziert und die Zugangshürden hoch. Zu diesem Schluss kommt eine gross angelegte Studie, welche die Konferenz der kantonalen Beauftragten für Suchtfragen und das Bundesamt für Gesundheit bei der Hochschule Luzern (HSLU) in Auftrag gegeben haben. In der Anfang November veröffentlichten Studie hat die HSLU die Suchthilfe in 22 Kantonen untersucht; darunter auch in Nid- und Obwalden, Zug und Uri.

## Entscheid fällt oft nach Jahren

Was das zerstückelte Luzerner Angebot konkret bedeutet, erklärt Ruedi Studer, Geschäftsführer der in der Stadt Luzern ansässigen Fachstelle Klick: «Menschen mit einem problematischen Konsumverhalten entscheiden sich oft erst nach einigen Jahren mit vielen Selbstversuchen des Ausstiegs, professionelle Hilfe zu suchen, wenn es nicht mehr allein klappt. Ist die Bereitschaft dann zwar da, aber die Suche nach dem geeigneten Angebot zu aufwendig, ist die Gefahr gross, aus Frust keine Hilfe mehr in Anspruch zu nehmen.»

Zwar komme es im Alltag selten vor, dass Hilfesuchende wegen des Alters oder einer anderen Gemeindezuständigkeit weitervermittelt werden müssten. Aber die Fragmentierung der Suchthilfeangebote im Kanton Luzern ist laut Studer alles andere als ideal. Immerhin ist dies im 2021 publizierten Planungsbericht über die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern erwähnt. Der Kanton habe das anerkannt und strebt eine Verbesserung an. Über das Wie und Wann der Umsetzung gibt es aber noch viele Fragen, denn der Umsetzungsprozess hat eben erst begonnen.

## Wegen Unterscheidung braucht es Triage

Die anfangs erwähnte Trennung von Beratungsangeboten bei illegalem und legalem Substanzkonsum, für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zum Beispiel, soll laut Ruedi Studer aufgehoben werden. «Bis jetzt müssen wir bei Menschen mit einem Mischkonsum von legalen



Ruedi Studer, Geschäftsführer der Fachstelle Klick Region Luzern, an einem Beratungsgespräch (gestellte Szene).

Bild: Dominik Wunderli (Luzern, 17.11.2023)

Mitteln und illegalen Drogen eine Triage machen: Konsumenten von hauptsächlich illegalen Substanzen verweisen wir an das Ambulatorium der Luzerner Psychiatrie, Konsumenten von hauptsächlich legalen Substanzen beraten wir selbst.» Positives Beispiel: Im Kanton Aargau können Hilfesuchende auswählen, ob sie Beratungen in der örtlichen Psychiatrie oder in einer Suchtberatungsstelle in Anspruch nehmen möchten, unabhängig vom Konsumverhalten.

Soll das Angebot im Kanton Luzern verändert werden, liegt die Herausforderung in der Finanzierung. So werden aktuell Beratungen im legalen ambulanten Suchtbereich von Erwachsenen von Gemeinden und dem Kanton getragen, während Behandlungen bei illegalem Konsum der Psychiatrie über die Krankenkasse abgerechnet werden. Hier stellen sowohl die HSLU wie auch Ruedi Studer fest, dass Deutschschweizer Fachleute, Kantone und Gemeinden vermehrt Therapiean-

gebote an suchtmmedizinische Einrichtungen delegieren, um Kosten zu sparen.

Dabei komme der psychosoziale Aspekt der Therapie zu kurz, warnt Studer. Ausserdem würden eine Klinik, ein Arzt oder eine Psychotherapeutin die Therapie aus Kostengründen eher bald abbrechen, wenn eine Klientin oder ein Klient die Sitzungen nicht immer zuverlässig wahrnimmt. «Weil wir steuerfinanziert sind, können wir die Klienten über längere Zeit trotzdem weiter begleiten. Es braucht oft einen langen Atem, bis sich Verbesserungen zeigen.»

## «Kanton Luzern ist ergebnisoffen»

David Dürr, Leiter der kantonalen Dienststelle Gesundheit und Sport, bestätigt die laufenden Arbeiten aus dem Planungsbericht über die psychiatrische Grundversorgung. Aktuell würden zum Thema Suchtberatung verschiedene Lösungsvorschläge erarbeitet. «Der Kanton Luzern ist ergebnisoffen. Sicher

braucht es auch ein Angebot für die Angehörigen, und letztlich stellt sich auch die Frage der Finanzierung.» Es sei sinnvoll, Hürden abzubauen und die Behandlungsschwelle zu senken. Aber eine Spezialisierung in gewissen Bereichen ergebe ebenfalls Sinn; etwa bei niedrigen Fallzahlen und wenn fachliches Know-how nötig ist, um die Qualität mindestens halten zu können. Darüber hinaus sei auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen Nid- und Obwalden wichtig. Dürr: «Neu treffen sich auch die Suchtbeauftragten der Zentralschweizer Kantone regelmässig zum regionalen Austausch.»

## Ob- und Nidwalden: Auf Luzern angewiesen

Wegen der überschaubaren Grösse von Nid- und Obwalden kann in diesen Kantonen nicht alles angeboten werden. Daher arbeiten die Behörden eng mit Stellen aus dem Kanton Luzern zusammen. Prominentestes Beispiel ist die Luzerner Psychiatrie, die auch Aufgaben für die Kantone Ob- und Nidwalden wahrnimmt. Nidwalden ist zudem noch der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen im Bereich C beigetreten, kann also auf stationäre Angebote im Suchtbereich in anderen Kantonen zurückgreifen. Dieser Schritt ist laut den Beauftragten für Suchtfragen auch für Obwalden sinnvoll.

Was gemäss der HSLU-Studie in Obwalden ebenfalls auffällig ist: Viele Ärztinnen und Ärzte, die eine substitionsgestützte Behandlung im Zusammenhang mit einer Opioidabhängigkeit anbieten, lassen sich derzeit pensionieren. Zwar kommen medizinische Fachpersonen nach. Aber anders als bei Personen, die schon länger in Behandlung sind, sind sie bei der Aufnahme von neuen Patientinnen und Patienten zurückhaltend.

Im Kanton Zug sind die Suchthilfe-Angebote besser vernetzt

## Zug: Hürden bei Drogensubstitutionstherapie

Im Kanton Zug sind die Suchthilfe-Angebote besser vernetzt

als im Kanton Luzern. Verbesserungsbedarf stellen die Fachleute im Bereich der Substitutionsbehandlungen fest. Hier würden manche administrative Hürden die interdisziplinäre Zusammenarbeit erschweren. Bei den Angeboten stellen die Expertinnen und Experten einzelne Lücken fest. So gibt es fast keine spezifischen Suchthilfeangebote für unter 18-Jährige. Und es fehlt – wie auch im regulären Markt – Wohnraum.

So mangelt es im Kanton Zug generell an Wohnmöglichkeiten für Personen in schlechter gestellten Verhältnissen, aber auch insbesondere für Suchtbetroffene, die selbstständig leben möchten. Es gibt auch zu wenig Institutionen, die betreutes Wohnen oder Wohnen mit ambulanter Begleitung für Personen mit einer Suchterkrankung anbieten. Die Suchthilfe in den Zentralschweizer Kantonen Schwyz und Uri ist nicht untersucht worden.

## Wohnort ist ausschlaggebend

**Studie** Für die Suchthilfe sind die Kantone und Gemeinden zuständig. Das ergibt ein sehr unterschiedliches Bild, wie die Hochschule Luzern (HSLU) in einer kürzlich vorgestellten Studie festhält. Studienleiter Jürgen StremLOW schreibt auf der HSLU-Website: «In welchem Kanton oder gar welcher Gemeinde eine suchtbetroffene Person lebt, hat einen massgebenden Einfluss darauf, welche Angebote verfügbar sind.»

Generell verfügen die Kantone in der Westschweiz über ein umfassenderes Angebot, während die Deutschschweizer Kantone dafür die Zusammen-

arbeit untereinander suchen. Als Beispiel nennt StremLOW die Zentralschweiz, wo Zug und vor allem Luzern über eine umfangreiche Angebotspalette verfügen, die fast alle Bereiche abdeckt, während in den Kantonen Obwalden, Nidwalden, Schwyz und Uri eine Grundversorgung besteht. Trotzdem seien für Suchtbetroffene durch interkantonale Verträge auch Angebote in Luzern und Zug zugänglich, wie beispielsweise der Konsumraum der Gassenküche in Luzern.

Für die Studie befragten StremLOW und sein Team 22 kantonale Beauftragte für

Suchtfragen oder deren Vertretungen und 189 leistungserbringende Organisationen.

Ausserdem führten sie 20 Fokusgruppen-Interviews mit insgesamt 181 Expertinnen und Experten der kantonalen Suchthilfesysteme. Auftraggeberin war die Konferenz der kantonalen Beauftragten für Suchtfragen. Diese ist zurzeit daran, die Umsetzung ausgewählter Empfehlungen der Studie zu prüfen. Sie strebt das Ziel an, schweizweit jeder Person ein gleichwertiges Beratungs- und Behandlungsangebot zur Verfügung zu stellen. (avd)

## Chemsex, Kokain, digitale Medien

Die Expertinnen und Experten der Suchthilfe nehmen gemäss Studie folgende Trends wahr:

- Personen, die in der Behandlungsstelle Drop-in eine Drogensubstitutionstherapie beginnen, werden immer jünger;
- In der Notschlafstelle steigt der Frauenanteil;
- Im Drug-Checking, wo Personen beraten werden, die psychoaktive Substanzen konsumieren, wird zunehmend nach Chemsex gefragt; also nach Geschlechtsverkehr unter Einfluss synthetischer Drogen;
- Alkohol ist nach wie vor das häufigste Problem, aber der Kokainkonsum wird immer öfter thematisiert;
- Im öffentlichen Raum werden

immer mehr Menschen beobachtet, die Kokain rauchen;

- Der Mischkonsum steigt, die Experten stellen vermehrt multiple Abhängigkeitserkrankungen fest;
- Die Suchtberatungen werden vielfältiger: Zunehmend sind digitale Medien, Internet, Gaming, Pornokonsum oder Online-Shopping ein Thema;
- Die Ansprüche der Klientinnen und Klienten an das Suchthilfeangebot sind gestiegen; dafür ist die Bereitschaft gesunken, sich an eine gegebene institutionelle Struktur anzupassen;
- Die Komplexität der Fälle nimmt in allen Bereichen zu, und die Ressourcen der Fachkräfte bleiben gleich oder nehmen ab.